

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheinungswöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gepalt. Colonetzelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

## Edel sei der Mensch . . . !

„Es ist groß, einige Menschenherzen ein wenig weiser, männlicher, glücklicher zu machen.“ (Charthle.)

Überall wird geklagt über die „verborgene, schlechte Welt.“ Manche erheben so laute Klagen, daß man glauben sollte, die Menschheit sei eine Gesellschaft von Bösewichtern. Und doch läßt sich das Gute trotz aller Güttaufkündungen und alles bösen Schelms nicht abtun. Die edelsten Metalle werden aus der Tiefe der Erde herausgehoben, und unter Schlacken verbirgt sich das kostbare Gestein dem unkundigen Auge und der unkundigen Hand.

Es gibt kaum einen Menschen, der nicht in der Tiefe seines Innern eine Anlage zu irgend einer Tugend birgt. Wenn sie dem Träger unbekannt bleibt, und von anderen nicht entdeckt wird, kommt sie nicht zur Entfaltung und verkümmert. Unübersehbare Reichtümer an Weisheit, Kraft und Glück können an die Oberfläche gebracht werden, wenn jeder ein geschickter Bergbauarbeiter sein wollte, der es sich zur Lebensaufgabe machte, in sich und anderen Goldkörner des Guten zu suchen.

Doch in einem Tage läßt sich die Menschheit nicht umwandeln; dieser langwierige Prozeß muß durch Einzelarbeit eingeleitet werden. Überall gibt es Menschen die einen ausgeprägten Sinn für das Gute haben, die mit scharfer Blicke die geringsten Ansätze zur echten Lebensweisheit, zur männlichen Kraft, zu einem Glückseligkeitssinn jenseits der Sinnensfreuden wahrnehmen. Diese müssen sich Wege zum Innersten ihrer Mitmenschen bahnen, um diese auf jede Weise anzuregen, sich frei zu machen von dem nach unten ziehenden Bann der Oberflächlichkeit und Leichtsinnigkeit. In manchen regt sich dann und wann das Gute, aber der Mut fehlt, weiser, besser, männlicher zu leben als die Wüsten. Um dem Gespötte zu entgehen, scheuen sie sich, aus zweifelhafter Gesellschaft ferne zu bleiben, die freien Stunden der eigenen Fortbildung zu widmen, inneren Wert äußerem Glanze vorzuziehen. Da gilt es, diesen Jägenden durch Wort und Beispiel Lust und Kraft einzuflohen, schwärmende Wünsche zu beständigem Streben umzuformen. Mit dem ersten starken Wollen zum Guten ist auch schon fester Fuß gefaßt auf dem Wege zur Höhe. Ehre allen Edlen, die sich entschließen, die Mitmenschen ihrer Umgebung auf diesen Weg zu führen und darauf weiter zu setzen!

## Christliche Arbeiterkraft und Reichsversicherungsordnung.

I. Essen, den 11. Juni 1911.

Die christlichen Gewerkschaften Essens hielten heute eine von 3000 Personen besuchte Massenversammlung ab, um Stellung zu nehmen zur Reichsversicherungsordnung. Kollege Abgeordneter Becker (Arnsberg) hatte bekanntlich schon im Reichstag die Sozialdemokratie zu einer Auseinandersetzung über die Reichsversicherungsordnung nach Essen eingeladen. Diese Auseinandersetzung fand inessen heute nicht statt. Die Essener Sozialdemokratie hatte vielmehr eine Sonderversammlung veranstaltet mit den Herrn Abg. Schmidt (Berlin) und Sachse (Bachum) als Referenten. Die sozialdemokratische Versammlung war, trotzdem zu ihr eine ungeheure Klammern gemacht worden war, von kaum 2000 Personen besucht.

Die Versammlung der christlichen Gewerkschaften gestaltete sich zu einer einmütigen und spontanen Vertrauenskundgebung für die von der Sozialdemokratie so heftig angegriffenen, aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten. In der Versammlung sprachen Kollege Generalsekretär Eckerwalb (Köln) über die äußere Situation bei Gestaltung der Reichsversicherungsordnung, während Kollege Abg. Becker (Arnsberg) sich über die Einzelheiten des Gesetzes verbreitete.

Generalsekretär Kollege Eckerwalb führte u. a. aus: Die Reichsversicherungsordnung ist eines der größten Gesetzgebungswerke, die den deutschen Reichstag während seiner vierzigjährigen Wirksamkeit beschäftigt haben. Und bei Gestaltung und Verabschiedung großer Gesetzgebungswerke stellen sich in Deutschland stets große Schwierigkeiten in den Weg. Zunächst stellt das Deutsche Reich ein anderes Staatsgebilde dar, als etwa England, Frankreich, Italien u. dgl. Hier hat man es mit Einheitsstaaten zu tun. Das Deutsche Reich dagegen setzt sich zusammen aus 26 Bundesstaaten. Weiter wird in den genannten Staaten die Regierung gebildet aus den Mehrheitsparteien. Die verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches werden dagegen gebildet aus Vertretern der 26 Bundesstaaten. Daß es viel schwieriger ist, innerhalb dieser Körperlichkeit eine Einigung über ein großes Gesetzgebungswerk zu erzielen, als innerhalb einer aus einer einzelnen Partei oder auch aus mehreren Parteien gebildeten Regierung, ist ohne weiteres klar.

Dann finden wir in Deutschland ein außerordentlich zersplittertes Parteiwesen.

Zu jedem Gesetzgebungswerk ist eine Mehrheit notwendig. Dazu bedarf es häufig vier oder gar fünf Parteien. Nach vier- oder fünferlei Grundrissen läßt sich aber kein Gesetzgebungswerk gestalten. Und so bleibt keine andere Möglichkeit, als die Vereinbarung von Kompromissen, bei denen dann selbstverständlich jede Partei mehr oder weniger von ihren Anschauungen ablassen, Forderungen zurückstellen, Konzessionen machen muß.

Bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung war die Bildung einer festen Mehrheit besonders schwierig aus den verschiedensten Gründen.

1. Besteht schon seit Jahren unter den bürgerlichen Parteien, die früher zusammenwirkten, eine außerordentlich große gegenseitige Abneigung und Entfremdung. Daß unter solchen Umständen die Parteien nur sehr schwer darauf zu gewinnen sind, sich gegenseitig Konzessionen zu machen, ist zu verstehen.

2. Ist es viel leichter, für je ein einzelnes Gesetz eine Mehrheit zu finden, als für die gleichzeitige Reform mehrerer, tiefer in das Volksleben eingreifender Gesetze. Ich habe vor einigen Jahren einmal auf der Kölner Handelschule eine Reihe von Vorträgen über das Versicherungsrecht gehört. Und ich muß gestehen: Je tiefer ich mit den Einzelheiten und Schwierigkeiten hinsichtlich der Zusammenfassung der drei Arbeiterversicherungsgesetze vertraut wurde, um so skeptischer stand ich den diesbezüglichen Forderungen gegenüber. Kenner der Arbeiterversicherungsmaterie und der parlamentarischen Schwierigkeiten haben schon seit Jahren vorausgesagt, daß bei dem erstmaligen Versuch zur Zusammenfassung der Arbeiterversicherungsgesetze in materieller Hinsicht nicht sehr viel herauskommen könne.

Weiter ist zu beachten, daß die verbündeten Regierungen größere Gesetzgebungswerke

### nicht aus den Händen einer Zufallsmehrheit

annehmen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind die verbündeten Regierungen zur Erledigung der hauptsächlichsten Staatsgeschäfte auf die Parteien der Mitte und der Rechten angewiesen. Diese bewilligen der Regierung den Staatshaushalt, die Bedürfnisse auf dem Gebiete des Kolonial-, des Militär- und des Marinewesens u. dgl. Nur ist es vollständig ausgeschlossen, daß etwa eine Regierung mit den Mittel- und Rechtsparteien gegen die Linksparteien die Staatsgeschäfte erledigen und mit den Linksparteien gegen die Rechtsparteien fortgeschrittliche Sozialpolitik machen könnte. Ein solches Doppelspiel ist bei großen Gesetzgebungswerken eine Unmöglichkeit. Damit würde sich jede Regierung zwischen zwei Stühlen setzen. Politische Geschäfte werden vielmehr in der Hauptsache im ganzen gemacht. Weil aber die Sozialdemokratie den Haushalt prinzipiell ablehnt, schafft sie sich bei allen großen Gesetzgebungswerken von selbst aus. Damit liefert sie die Sozialpolitik der Regierenden Beeinflussung durch die Reaktion aus. Dem Kollegen Becker hat diese Situation absolut nicht behagt; er hat bei der ersten und teilweise auch bei der zweiten Lesung der Reichsversicherungsordnung in der Kommission öfter gegen seine eigenen Parteifreunde gestimmt. Er sagte sich aber zum Schluß: Was läßt mir eine Mehrheit mit den Links- und Oppositionsparteien, die die schönsten Beschlüsse fassen, die aber lediglich auf dem Papier stehen bleiben, keine Gesetzeskraft erlangen und an dem „Unannehmbar“ der verbündeten Regierungen scheitern! Damit kann die Arbeiterkraft praktisch nichts anfangen. Und so haben sich der Kollege Becker und die übrigen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften (Wehrens und Schürmer), die der Reichsversicherungsordnungskommission angehörten, mit einer unermesslichen, ihnen unangenehmen Situation abgefunden.

Auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß habe ich den Ausdruck getan: „Ich habe in den letzten Wochen geradezu einen Wüsten vor der Politik bekommen.“ Die Sozialdemokratie hat damals geglaubt, diesen Ausdruck schwer ausbeuten zu können. Ich unterstreiche diesen Ausdruck heute wieder. Das politische Intriguenpiel hinter den Kulissen muß eheliche Naturen mitunter anstellen.

### Ueber Motive wird bekanntlich nicht abgestimmt.

Und so kann man es häufig erleben, daß Parteien ihnen unympathische Gesetze dadurch zu Fall zu bringen suchen, daß sie die volkfreundlichsten Anträge stellen, dadurch Verwirrung anrichten und die Parteien, die zu einer Mehrheit notwendig sind, auseinanderzureißen. Wie's gemacht wird, dafür nur ein Beispiel. Die „Frankfurter Zeitung“ vertrat bei der Reichsversicherungsordnung den Standpunkt der Minorität der freisinnigen Volkspartei, die gegen das Gesetz stimmte. In Nr. 142 (23. Mai Abendblatt) war daher zu lesen:

„Die Mehrheit hat in der Tat Anlaß zu einer gewissen Freude, denn sie hat ihren Willen vom Anfang bis zum Ende durchgesetzt. Ob diese Freude dauernd sein wird, das wird sich noch zeigen, denn es ist nicht anzunehmen, daß es einer Partei oder Parteiengruppe schließlich zum Vorteil gereicht, wenn sie eine ernste Sache zu einer Komödie macht. . . . Eine Beratung hat doch offenbar den Zweck, eben zu beraten, sich gegenseitig auszusprechen, ob das, was vorliegt, gut oder geändert werden müsse, und sie hat zur Voraussetzung, daß man bereit sei, sich überzeugen zu lassen und eventuell Änderungen anzunehmen. . . . Aber dennoch muß wenigstens im allgemeinen der Wille vorhanden sein, sich nicht gegen gute Argumente zu verschließen und zweckmäßige Vorschläge anzunehmen, denn sonst hat doch die Beratung keinen Sinn und Zweck und wird zur Komödie. So war es aber bei der Mehrheit des Reichstags. Sie war von vornherein entschlossen, die Beschlüsse der Kommission aufrecht zu erhalten, und hat das mit tadelloser Konsequenz durchgeführt.“

Einen Tag später (24. Mai Nr. 143 Abendblatt) schrieb die gleiche „Frankfurter Zeitung“ bei Erledigung des Versicherungsgesetzes für Elsaß-Lothringen, das sie angenommen wissen wollte, das folgende:

„Der Reichstag hat gestern in zweiter Lesung das Versicherungsgesetz für Elsaß-Lothringen durch beraten und die

einzelnen Paragraphen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen; unter Ablehnung aller Änderungsanträge, die in ihrer großen Mehrzahl dem tatsächlichen Zweck dienen sollten, Verwirrung zu schaffen und so das ganze Werk zu gefährden. Aber die von Bebel bis Tietjen reichende Mehrheit war entschlossen, durch kein noch so geschickt inszeniertes Zwischenpiel sich von der eigentlichen Handlung ablenken zu lassen, und so konnte am Abend dieses ersten Schöpfungstages der Reichstag befriedigt auf sein Werk blicken.“

Am 23. Mai muß also bei Beratungen von Gesetzen im Plenum des Reichstages der Zweck verfolgt werden, „sich gegenseitig auszusprechen, ob das, was vorliegt, gut oder geändert werden müsse. . . .“ denn sonst hat doch die Beratung keinen Sinn und wird zur Komödie“, während am 24. Mai es dem Reichstag zur Großtat angerechnet wird, daß er „die einzelnen Paragraphen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, unter Ablehnung aller Änderungsanträge“ und daß die Mehrheit entschlossen war, „durch kein noch so geschickt inszeniertes Zwischenpiel sich von der eigentlichen Handlung ablenken zu lassen.“ So wird am einem Tage verflucht, was am anderen Tage angebetet wird.

Die Reichsversicherungsordnung hat seit vielen Jahren die Öffentlichkeit und

### mehr als ein Jahr lang die gesetzgebenden Körperschaften beschäftigt.

Die einzelnen Parteien haben ihre Sachverständigen in eine 28gliedrige Kommission entsandt. Diese Kommission hat nahezu ein ganzes Jahr lang mit kleinen Unterbrechungen getagt. Nach dem Vorausgegangen war es eine Selbstverständlichkeit, daß nicht mehr im Plenum des Reichstages über hunderte von Anträgen ernsthaft verhandelt werden konnte.

Die Sozialdemokratie, die diese Anträge meist ablehnte, verfolgte damit lediglich zweierlei: sie wollte sich einmal als den einzigen Anwalt der Arbeitnehmer aufspielen, und weiter sollten durch ihre Anträge die Mehrheitsparteien auseinandergerissen und so die Reichsversicherungsordnung zu Fall gebracht werden. Die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten haben sich auf diese Wandor nicht eingelassen, sondern sie haben für das gestimmt, wofür sich zum Schluß in der Kommission eine Mehrheit zusammengefunden hatte. Die Reichsversicherungsordnungsmehrheit war ohnehin nur mit außerordentlich großen Mühen zusammengehalten.

Wenn die christlichen Arbeiterabgeordneten, nachdem sie überzeugt waren, daß sachlich nicht mehr herauszuholen war, im Plenum des Reichstages etwa aus Populärkeitsgründen oder um sich an

### unangenehmen Situationen vorbeizudrücken

von der Mehrheit abgeordnet und für verschiedene sozialdemokratische Anträge gestimmt hätten, so hätten sich mit dem gleichen Recht andere Gruppen ebenfalls an dem Vereinbarten nicht mehr gehalten, und die Reichsversicherungsordnungsmehrheit wäre glatt auseinandergefallen. Die Kraftwerke, die die sozialdemokratische Presse gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten, die gegen die sozialdemokratischen Anträge stimmten, gebrauchte, sind denn auch von der christlichen Arbeiterkraft nicht ernst genommen worden. Daß 14 Tage anbauernbe Theater, das in der sozialdemokratischen Presse gespielt wurde: „abgelehnt von den Kompromissparteien“, „abgelehnt von sämtlichen bürgerlichen Parteien“, hat auf die christliche Arbeiterkraft keinerlei Eindruck gemacht.

Wenn die Reichsversicherungsordnung in absehbarer Zeit Gesetz werden sollte, dann müßte sie 1. gemacht werden mit den Parteien der Mitte und der Rechten; 2. sie müßte gegenwärtig gemacht werden. Ob und diese Situation gefällig oder nicht gefällig, ist eine andere Frage. Tatsache bleibt, daß eine von den Mittel- und Linksparteien gestaltete Reichsversicherungsordnung

### keinerlei Aussicht hatte, Gesetzeskraft zu erlangen.

Es war vollständig ausgeschlossen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Regierung einem Gesetzgebungswerk, das 7 Millionen Landarbeiter, Dienstboten, Heimarbeiter u. dgl. gesetzlichen Krankenversicherung neu unterstellt, ihre Zustimmung erteilt hätte gegen die Parteien der Rechten. Wer Entgegengesetztes behauptet, sagt entweder die Unwahrscheinlichkeit oder aber es fehlt ihm jegliches politische Augenmaß. Zehraus, jahrein heßt die Sozialdemokratie ihre Anhänger aus gegen den gewaltigen Einfluß der „Juncker“ im Staatsleben, der gebrochen werden müsse; und bei dem Kampf um die Reichsversicherungsordnung will die gleiche Sozialdemokratie den christlichen Arbeitern plausibel machen, daß u. a. die Einbeziehung der Landarbeiter in die Krankenversicherung gegen die „Juncker“ erreichbar gewesen wäre. Ein solches Beispiel ist das Entgegengesetzte von geistreich; es ist herzlich dumm.

Weiter wurde die Anschauung vertreten, die Reichsversicherungsordnung hätte für den

### demnächst neu zu wählenden Reichstag

respektiert werden sollen, der sie dann arbeitserfreundlicher gestaltet haben würde. Wer solches behauptet, stellt sich in Gegensatz zu den Tatsachen und der Geschichte der heftigen geistlichen Sozialreform. Wie steht es mit der Wirklichkeit? Wenn die Reichsversicherungsordnung nicht zustande gekommen wäre, lag nichts näher, als daß Preußen der gleichen Weg beschritt, den Bayern längst gegangen: es hätte

die Krankenversicherungspflicht der Landarbeiter und Dienstboten durch Landesgesetz geregelt. Glaubt man denn, daß etwa das „Dreiklassenparlament“ die Krankenversicherung für die Landarbeiter besser ausgestaltet haben würde, als es jetzt durch den Reichstag geschieht ist? Daran glaubt kein Mensch. Weiter: Wie steht es denn mit der Beschäftigung der deutschen Sozialreform?

Das Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz wurde geschaffen während der Sozialistengesetzzeit von 1878–1890. Als 1890 das Sozialistengesetz aufgehoben war, hatte zweifellos Kaiser Wilhelm II. die ehrliche Absicht, den Sozialarbeitern den ihm zustehenden Platz in der Gesellschaft einzuräumen. Er hätte zweifellos auch den Mut und die Kraft gehabt, seinen Ideen entgegenstehende Schwierigkeiten auszuräumen. Es erschienen damals die Kaiserlichen Sozialvereine, es wurde die Berliner internationale Arbeiterkonferenz einberufen, Bismarck, der sich den Plänen des Kaisers hinsichtlich des Arbeiterschutzes widersetzte, und laut Memoren des Fürsten Hohenhausen die Sozialdemokratie mit Vorurteilen niederzuerstern wollte, bekam seine Entlassung; es wurden neugeordnet und verabschiedet das große Arbeiterschutzesetz (die Gewerbeordnung), das Gewerbeverordnungsrecht; das Krankenversicherungsgesetz wurde verbessert. Als dann die Sozialdemokratie trotz ihrer antinationalistischen, antirevolutionären Ideen festhielt und bei den Reichstagswahlen 1893 dennoch größeren Zuwachs erhielt, schlug der Reichstag wieder um. Nun kam die Aera des Freiherrn von Stumm, die Entlassung des sozialgesinnten Ministers von Bismarck, die Umstrukturierung, die sogenannte Budgetreform v. a. und was brachte uns dann der große Wahlsieg der Sozialdemokratie von 1903? Was hat denn der Reichstag von 1903 bis 1907 auf sozialpolitischem Gebiete geleistet? Nichts! Und dadurch, daß sich die bürgerlichen Parteien seit Jahren so schamlos unweislich sind, hinkt der Sozialdemokratie 1912 wieder ein größerer Wahlsieg. Daß deren Bäume in den Himmel wachsen, glaube ich allerdings nicht. Glaubt man denn, daß durch diese Wahlschlappe etwa eine

#### sozialreformfreundliche Stimmung

ausgelöst würde? Ausgeschlossen! Im Gegenteil! Je stärker die Sozialdemokratie wird, mit ihren derzeitigen doktrinären Grundrissen und ihrer gegenwärtigen politischen Taktik, desto einflussreicher werden im künftigen Reichstag die Schachmänner. In dieser Situation hat dann eine Reichsversicherungsordnung gar keine Aussicht, dem Reichstage vorgelegt, geschweige denn arbeitervriendlicher gestaltet zu werden. Die Reichsversicherungsordnung mußte also gegenwärtig gemacht werden. Die Sozialdemokratie ist ihrer alten Taktik treu geblieben: sie hat Anträge über Anträge gestellt und zum Schluß

#### ganze Gesetz abgelehnt.

Wie sie ehemals von „Bettelkassenpolitik“ schwablonierte, so jetzt wieder von „Verhöhnung der Witwen und Waisen“. In Wirklichkeit werden in wenigen Jahren sowohl die Witwen und Waisen, wie auch die Armen der Arbeiter: die Heimarbeit, dem Gesetzgeber dankbar sein für das, was in den letzten Tagen geschaffen wurde. Ich habe es mir längst abgewöhnt, die sozialdemokratischen Schlagworte ernst zu nehmen. Noch in den neunziger Jahren des verflochtenen Jahrhunderts legte die Sozialdemokratie dem preussischen Landtag keinerlei Bedeutung bei; diesen wollte man „verfaulen lassen“. Ein Jahrzehnt später dagegen inszenierte dieselbe Sozialdemokratie für das Wahlrecht des gleichen Landtags Straßenemonstrationen, und als sich die christlichen Arbeiter nicht daran beteiligten, wurden sie als „politisch unreife Elemente“, als „Verdränger an der Arbeiterklasse“ beschimpft. 1905 wurde auf dem Jenaer Parteitag der Sozialdemokratie der Antrag, die Altersrente möge schon nach dem fünfundsiebzigsten anstatt nach dem sechzigsten Lebensjahre gewährt werden; abgelehnt mit der Begründung, daß „es keine unglücklichere Forderung beim Alters- und Invalidenversicherungsgesetz geben kann“, mit deren Verwirklichung „den Industriearbeitern der denkbar schlechteste Dienst erwiesen würde“, weil sie nur „auf eine Unterfütterung der Grundbesitzer hinauslaufen würde“. Jetzt schimpfen die Sozialdemokraten und ihre Blätter mit Aufbietung ihrer ganzen Lungenkraft über diejenigen Parteien und Abgeordneten, die einen Antrag ablehnen, dessen Durchführung nach Massenbühnen, dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden, nichts anderes als eine Verleumdung der Industriearbeiter zu Gunsten der Grundbesitzer“ im Gefolge hätte, „weil dadurch die Grundbesitzer eine erhebliche Ersparnis am Lohn haben würden“. Ja, genau, ja, hat die Sozialdemokratie geschimpft über die Bürokratie, die viel zu stark in die Krankenkassen hineingegraben und dadurch deren Selbstverwaltung aufhob; im Reichstag dagegen haben die Sozialdemokraten dem Staatssekretär Telbörger Vorhaltungen gemacht darüber, daß die Aufsichtsbehörden die angeforderten Berichte der Krankenkassenbeamten leither nicht beanstanden hätten.

So fällt die Sozialdemokratie aus dem jetzigen Agitationsbedürfnis heraus von einem Extrem ins andere und diejenigen, die es ablehnen, den sozialdemokratischen Einfällen zu folgen, werden dann mit den bekannten Kraftausdrücken traktiert. Auf mich macht das sozialdemokratische Geschimpfe keinerlei Eindruck mehr.

Die Kollegen aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die dem Reichstage angehören, haben gegenüber der Reichsversicherungsordnung gehandelt, wie sie handeln mußten: sie haben dem Riesengesetzgebungswerk, trotz seiner Mängel, zugestimmt. Sie haben zugestimmt aus der Erwägung heraus, daß 1. noch bei keinem Gesetzgebungsversuch alle Wünsche durchgesetzt werden konnten, und 2. daß die erzielten Verbesserungen schwerer wiegen, als die angeblichen Verschlechterungen, die mit in den Kauf genommen werden mußten. An Errungenschaften sind insbesondere zu merken:

1. Die Einbeziehung von ca. 7 Millionen Landarbeiter, Dienstboten, Heimarbeiter u. in der Krankenversicherung.
2. Die Mehrleistungen, die die Reichsversicherungsordnung bringt, werden auf einen Betrag zwischen 150 und 200 Millionen Mark geschätzt. Damit erreichen die jährlichen Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung in einigen Jahren rund 1 Milliarde oder täglich rund 3 Millionen Mark.
3. Es wurde die Witwen- und Waisenversicherung neu eingeführt. Die Renten sind einstweilen zwar noch knapp bemessen, aber auch dieser Versicherungszweig wird im Laufe der Jahre seinen Ausbau erfahren, wie dieses bei den übrigen Versicherungszweigen der Fall war.
4. Erhöhung der Invalidenrenten durch Einführung der Kinderrenten für solche Invaliden, die Kinder unter 15 Jahren zu ernähren haben.

Den aus unserer Bewegung hervorgegangenen Abgeordneten, insbesondere dem Sozialen Arbeiter, gebührt der aufrichtige Dank für

ihre mühevolle, verbengerrüttende Arbeit, die sie in den letzten Wochen unter sehr schwierigen Verhältnissen geleistet haben.

Auf die Ausführungen des Kollegen Beder kommen wir in nächster Nummer zurück. Beide Redner ernteten mit ihren Ausführungen stürmischen Beifall. Beifolgende Resolution wurde von der Massenversammlung einstimmig angenommen:

#### Resolution

Die heute im überfüllten Saale des Kriegerheims zu Essen tagende, von 3000 Personen besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Rednerinnen vollständig einverstanden. Sie erkennt an, daß insbesondere die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten die denkbar möglichsten Anstrengungen machten, um für die Arbeiter herauszufinden, was möglich war. Die Versammlung protestiert gegen die Anpöbelungen und Beschimpfungen mit denen die sozialdemokratische Partei in den letzten Wochen die christlichen Arbeiterabgeordneten traktierte.

Die Reichsversicherungsordnung bringt gegen den bisherigen Zustand eine Reihe von Verbesserungen, als welche besonders zu bemerken sind:

1. Die Einbeziehung von ca. 7 Millionen Landarbeiter, Dienstboten, Heimarbeiter usw. in die Krankenversicherung.
2. Die Mehrleistungen, die die Reichsversicherungsordnung bringt, werden auf einen Betrag von 150–200 Millionen Mark geschätzt. Damit erreichen die jährlichen Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung in einigen Jahren rund 1 Milliarde oder täglich rund 3 Millionen Mark.
3. Es wurde die Witwen- und Waisenversicherung für 15 Millionen Personen neu eingeführt. Die Renten sind einstweilen zwar noch knapp bemessen, aber auch dieser Versicherungszweig wird im Laufe der Jahre ebenso seinen Ausbau erfahren, wie dieses bei den übrigen Versicherungszweigen der Fall war.
4. Erhöhung der Invalidenrenten durch Einführung der Kinderrenten für solche Invaliden, die Kinder unter 15 Jahren zu ernähren haben.

Der Sozialdemokratie stand ihrem Verhalten zufolge die feilschende sozialdemokratische Einzelnenwirtschaft in den Krankenkassen höher, als die Wohltaten, die den Armen der Arbeiter, den Heimarbeitern und Landarbeitern aus der Reichsversicherungsordnung erwachsen. Die Versammlung verurteilt diese Haltung der Sozialdemokratie auf das entschiedenste; spricht ihren im Reichstage tätigen Kollegen für ihr Verhalten bei Schaffung der R.-V.-D. herzlichsten Dank und volles Vertrauen aus.

### Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie.

Auf dem diesjährigen Delegiertentag des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, der am 6. Juni in Leipzig seinen Anfang nahm, sprach Herr Prof. Dr. von Wandersleben über obiges Thema. Da die sehr beachtenswerten Ausführungen des bekannten Breslauer Nationalökonom und Universitätslehrers wohl weitere Kreise unserer Verbandsmitglieder interessieren dürften, lassen wir sie nachstehend in dem uns von geschätzter Seite übermittelten Wortlaut folgen:

Die parteilose Stellung, mir geleitet durch den Wunsch, an der Forderung der gesamten Volkswirtschaft mitzuwirken, führt in unserer Zeit zu einem bestimmten Appell an alle Arbeiter und Arbeiterorganisationen, welche nicht sozialdemokratisch sind, insbesondere an die Delegierten des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. Er ergibt sich als gebieterische Forderung aus dem Charakter und der vor- aussetzlichen Entwicklung unserer Zeit. Die nahe bevorstehende Reichstagswahl legt eine Prüfung nahe, ob ihr Ergebnis ein erfreuliches sein wird. Wahrscheinlich nicht! Denn entweder wird die Sozialdemokratie eine große Anzahl Mandate gewinnen, oder, wenn die Wahlschancen dieses verhindern, doch enorme Massen von Wählerstimmen auf sich vereinigen. So wird der tiefe Zwiespalt unseres Staats- und Volkslebens wieder offenbar werden: Die offizielle Welt des Staates, der Wirtschaft, der Gesellschaft steht inmitten einer Volksmasse, welche systematisch zu Haß und Verachtung gegen die offizielle Welt durch die Sozialdemokratie gebracht worden ist. Haß und Verachtung hat die Sozialdemokratie in den Massen erziehen können. Zum Zusammenbruch von Staat und Gesellschaft um 1900 ist es auch nicht gekommen — und es wird nicht kommen! Die Rechts- und Sittenordnung ist übermächtig stark. In ihr hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung befähigt, welche in Kombination mit der Sozialdemokratie zu einer Gefahr für die Entwicklung der Arbeiterklasse und damit für die Entwicklung der Menschheit werden kann.

Natürlich gibt es in Staat und leitenden Schichten der Gesellschaft egoistische und materialistische Tendenzen. Sie herrschen aber im deutschen Reich nicht. Die Herrschaft hat ein mannigfaltig ausgestattetes Idealismus der Starken und Mächtigen; man weiß zu wirtschaften, zu regieren und zu leben! Der materielle Fortschritt ist ein ungeheurer. Als Einschlag ist die auf die Forderung der Arbeiterklasse berechnete Sozialpolitik in Angriff genommen. — Umgekehrt hat der Realismus sich im Sozialismus und der Sozialdemokratie erheblich verflüchtigt und weicht in der Praxis der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung aller Art einem sich vordrängenden harten Klassenegoismus und Materialismus. Wenn vor 30 Jahren beim Beginn der Sozialpolitik Beforgnis vor der Sozialdemokratie mitgespielt hat, — wofür die Sozialdemokratie einen gelegentlichen Auspruch Bismarcks als Zeugnis verwendet — so hat Staat und Gesellschaft die Situation damals sich zur Warnung werden lassen und hat sich enorm gestärkt. Nicht nur wird oben überall gearbeitet, sondern die obere Schicht vom Fürsten bis zum kleinsten Unternehmer und kleinsten Beamten und Angestellten — die ganze von der Sozialdemokratie als „reaktionäre Masse“ bezeichnete staatl. und bürgerliche Gesellschaft hat es verstanden, in der ungeheuren Mehrzahl ihrer Persönlichkeiten — Männer wie Frauen — arbeitsfähige Persönlichkeiten, hochgeschulte, moralisch hochstehende Arbeitskräfte zu schaffen.

Ein Sieg der Sozialdemokratie ist ganz undenkbar. „Staat und bürgerliche Gesellschaft sind nicht greifbar, sondern stark, jung, entwicklungsfähig. Sie haben eine Tante vor sich, so lang wie eine geologische Periode. Die sozialdemokratische Utopie ist in unserer Zeit wie andere Gebilde maßvoll aufgetreten. Sie wird aber von der wirklichen Entwicklung wie alle ihre Vorgänger verzehrt werden. Je länger aber die Sozialdemokratie eine relative Rolle spielt, desto mehr wird sie zu einer Gefahr für die Entwicklung der Arbeiterklasse innerhalb der aufstrebenden staatl. und bürgerlichen Welt. Die Leiter der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schmieden

um so stärkere Waffen gegen die gesamte Arbeiterklasse, je mehr und je länger die radikale Organisation der Sozialdemokratie die Gefahr möglich erscheinen läßt, daß sie die anderen Arbeiterorganisationen in entscheidenden Momenten mit sich fortziehen wird. Unter diesem Gesichtswinkel erscheint dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft auch die auf christlichem Boden fußende Arbeiterbewegung verdächtig und noch unheimlicher, als die Sozialdemokratie. Wenn nicht ausbleibenden Siege von Staat und moderner Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten ist die Gefahr nahe gerückt, daß die Arbeiterklasse in einen schlechteren Rechtszustand zurückgedrückt wird. Gerade das Vorhandensein der Sozialdemokratie wird idealistischen Führern in Staat und Gesellschaft eine Rechtfertigung dafür bieten, daß von den arbeitenden Massen eine wirkliche Kulturentwicklung nicht zu erwarten ist, und daß sie miedergestaltet werden müssen. Diese Auffassung vertreten nicht nur eigensüchtige Unternehmer, sondern Staatsmänner, Historiker, Juristen — zahlreiche Vertreter der Wissenschaft an den Universitäten und Hochschulen.

Einflussreiche Persönlichkeiten und Organisationen suchen mit allen Kräften bei den Unterrichtsverwaltungen zu erreichen, daß die soziale Richtung überall ersetzt wird durch eine autoritär-kapitalistische. Der Berliner Professorenrat ist ein Weiterentwickeltes Beispiel; denn noch hat sich die preussische Unterrichtsverwaltung in einer offiziellen Auffassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ daran erinnert, welche Bedeutung Schmöller und Wagner für die Entwicklung des Deutschen Reiches haben. Aber in allen möglichen Kanälen bringt eine arbeitervriendliche, gelehrte Verneinung überhaupt bestimmte Jugend heran, natürlich auch an die Techniker und an alle Unvorbereitete für leitende Beamtenstellungen in den Unternehmungen aller Art. Die nächsten Jahre bringen möglicherweise auf allen Gebieten eine den Wünschen für die Entwicklung der Arbeiterklasse durchaus ungünstige Konstellation.

Nicht Ehrlichkeit, Materialismus und Egoismus, sondern moralisch begründete, idealistisch im Interesse des ganzen Volkes gebachte, starke Einschränkung der Führereigenschaften in Staat und bürgerlicher Gesellschaft und Unterdrückung der Entwicklungsfähigkeit der Arbeiterklasse, die durch den Zulauf zur Sozialdemokratie als gering erwiesen angesehen wird, bedrohen die Arbeiterklasse für die nächsten Jahrzehnte in einer Zeit der höchsten Entwicklung sonst mit einem Rückwärt, welcher für Jahrhunderte verhängnisvoll werden kann.

Darum ein Appell an die Arbeiter und Arbeiterorganisationen, welche noch nicht sozialdemokratisch sind, insbesondere an die evangelischen Arbeitervereine und an alle Delegierten ihres Gesamtverbandes! Sie dürfen nicht zusehen, daß, während die Leistungsfähigkeit, die Arbeitskraft oben wächst, die Quellen für das Wachstum von Leistungsfähigkeit und Arbeitskraft in der Arbeiterklasse durch die kommende Entwicklung verschüttet werden. Sie haben die Verpflichtung, die Arbeiter — was nur in einem langen, harten Ringen möglich sein wird — zusammen mit Staat und bürgerlicher Gesellschaft aus dem Vorn der Sozialdemokratie zurückzugewinnen. Deshalb müssen sie mit dem noch vernünftigen in diesen Dingen orientierten Staat und mit dem vernünftigen Teil der Unternehmungsklassen Schulter an Schulter in der Wirtschaft, in der Politik, auf allen Gebieten Front machen gegen die Sozialdemokratie. Nicht etwa bloß gegen die Schlechten in der Sozialdemokratie: die mag man ebenso wie die Schlechten, die Geistes- und Materialisten im Staat und in der bürgerlichen Gesellschaft sich gegenseitig selbst zerstören lassen — sondern gegen die Sozialdemokratie überhaupt, weil sie eine irrtümliche Auffassung der Entwicklung vertritt und vor allem einen ungeheuren Fehler begibt; welcher unverzeihlich ist: Die Sozialdemokratie, welche die Bedeutung der Rechtsordnung, der Organisation so durch und durch anerkennt, zerstört systematisch in den Massen jedes Vertrauen zu den heutigen Organisationen, an deren Existenz sie doch nach ihrer eigenen Theorie jetzt noch garnicht rütteln kann. Darüber hinaus gibt sie nirgendwo irgendwie handfest ihre „Organisation der Zukunft“ zu erkennen, nicht einmal zur Verfügung akademischer Kritik. So ist sie, ohne eine Kultur der Zukunft in kontrollierbaren Zügen zu entwerfen, eine Zerstörerin der Achtung vor unserer Kultur in den Herzen der Massen und könnte, wenn Staat und leitende Schichten sich nicht gekniet hätten, zum Zerstörer unserer Kultur überhaupt werden.

Natürlich schallt von der Sozialdemokratie allen Arbeitern die Losung entgegen, daß ihnen Ehre und Pflicht gebietet, mit der Sozialdemokratie gegen den Unternehmer und den Staat zu operieren. — Aus Masseninteresse!

Die Arbeiter und Arbeiterorganisationen mögen aber erwägen, daß bei allen Gelegenheiten des Lebens große Massen leicht für ganz törichte Dinge, Entwicklungen, Lösungen u. zu begeistern gewesen sind. Wer sich der Sozialdemokratie anschließt, mit ihr partiiert, arbeitet mit an der Verhinderung der Ausgestaltung unserer jugendfrischen, starken, wirtschaftlichen Organisation in Wirtschaft und Staat. Der Mensch ist nicht nur Klassegenosse. Er ist in erster Linie Person ganz für sich. Er hat sein persönliches Verhältnis zu Gott. Er kann sich garnicht loslösen aus seinen Beziehungen zu allen Klassen und Schichten des Volkes und zu der bürgerlichen und staatl. Gesamtheit. Ihn nur zum Klassenmitglied stempeln, heißt ihn degradieren und, im Falle der Sozialdemokratie, von der Mitarbeit an allem wirklichen Fortschritt ausschalten. Nicht der Arbeiter ist ehrlos und handelt gegen seine Pflicht, welcher mit Staat und bürgerlicher Gesellschaft Schulter an Schulter gegen die Sozialdemokratie kämpft, sondern diejenigen Arbeiter und diejenigen Organisationen der Arbeiter handeln im höchsten Grade ehrenhaft und pflichtgetreu, welche in Erkenntnis der Irrtümer der Sozialdemokratie, in Erkenntnis der Gefahr, welche die Sozialdemokratie für die Entwicklung auch der Arbeiterklasse ist, klare Stellung gegen sie und für den Staat und die im Rahmen seiner Organisation blühend aufstrebende moderne Wirtschaft und Gesellschaft nehmen. Zeitwort für die evangelischen Arbeitervereine muß auch an dieser Stelle das Wort Christi sein: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.“

Innerhalb der Entwicklung der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird eine so gerichtete Arbeiterbewegung gegenwärtig an der Entwicklung überhaupt mitwirken können und in der Lage sein, es zu verhindern, daß eine Rückwärtsentwicklung im Arbeiterrecht unserer Zeit, eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse eintritt — wird vielleicht es durchsetzen können, daß Verbesserungen eintreten. Es widerspricht meiner Natur, an irgend einer Stelle viel Hoffnung zu hegen. Nichts ist so bedenklich, als ein vielversprechendes Anfang! Denn was wird gelasten?

Mein Wahlrecht ist: „Arbeit, Gehalt, Entlohnung, wenig Hoffnung, Pflicht vor allem — innerhalb ihrer Kampf, wo er geboten ist, aber auch dann ohne Kampf!“

Meine Hoffnung ist, daß die Arbeiterklasse auch im Deutschen Reich die Entwicklung ihrer Geschichte in ihrer eigenen Hand zu behalten vermag, indem sie den sozialdemokratischen Klassenkampf überwindet, aber in ihrer Mitarbeit mit Staat und bürgerlicher Gesellschaft vor allen Dingen die Rechtsordnung so entwickelt, daß die Verhältnisse der Zahlensprecher gut gemacht wird, daß wir wirklich ein würdiges Arbeiterrecht erhalten, auf welcher Basis alles andere, was der Arbeiter wünschen darf, sich mit der Zeit von selbst einstellen wird.

Seit vielen Jahren pflege ich in akademischen Vorlesungen von der „Meinlinie“ zu sprechen, das heißt von einer klaren Eigentumsordnung, und davon, daß das Eigentum, besonders das Eigentum an Produktionsmitteln, das Amt auszugestalten ist. Die geistig vornehmsten Persönlichkeiten in Staat und bürgerlicher Gesellschaft denken in denselben Richtung. Der Reichskanzler — Herr von Bethmann-Hollweg — hat selbst bei bedeutsamen Gelegenheiten, vor einer Interessengruppe der Landwirtschaft und auf dem deutschen Handelskongress, diese Gedanken, indem er dieselben ausbrüchlich gebrauchte, anbringen lassen: Es gelte der Forderung der richtigen „Meinlinie“ — und Eigentum sei ein Amt!

Mein Appell an die Arbeiterorganisationen, inas — andere an die Delegierten des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine geht nun ausdrücklich dahin: sie sollen als getreuer Eckstein darüber wachen — und müssen deshalb die richtige Politik für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie einschlagen — daß die „Meinlinie“ auch nach der Richtung hin richtig gezogen wird, wie es klassisch der katholische Sozialpolitiker Pöhl ausgeprochen hat:

„Leben, Gesundheit und pöhlische Freiheit sind Güter, über welche der Arbeiter selbst nicht als absoluter Herr verfügen kann. Er ist durch den Willen seines Schöpfers gebunden, diesem verantwortlich. Weit weniger können diese Güter Gegenstand des freien Arbeitsvertrags sein. Einen solchen Vertrag, der diese Güter in Frage stellt, kann die von Gott gegebene Obrigkeit, nimmer anerkennen! Ja, sie hat die heilige Pflicht, soweit die Arbeiter nicht selbst insinieren, sich im Besitz dieser Güter zu schützen, ihnen diesen Schutz durch Gesetz zu sichern!“

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Arbeiterorganisationen, der Arbeiterbewegung, darauf zu sorgen, daß der Gedanke, dem auch der Reichskanzler Ausdruck gegeben hat, von dem Antisozialismus des Eigentums nicht einseitig im Sinne der Rechte ausgelegt wird, welche ein Amt seinem Inhaber gibt, sondern unter Berücksichtigung des Inhalts des Begriffs paritätisch auch nach der anderen Seite ausgestaltet wird, daß ein Amt Pflichten auferlegt.

Lassen Sie Staat und Bürgerrecht Gleichzeitigkeit widerfahren und fördern Sie für sich auf geordneten Wegen, die sich fernhalten von Haß und Verleumdung, das Ihnen zustehende Recht innerhalb des Staates und der Volksgemeinschaft!

## Die neue Reichsversicherungsordnung.

### Die Leistungen der Kassen

sind vorgeschrieben in dem § 193 und folgenden. Das Gesetz unterscheidet zwischen Regelleistungen und Mehrleistungen; man kann auch sagen: Ruß- und Kassenleistungen. Die Regelleistungen werden fixiert in dem § 197. Dieser Paragraph bestimmt:

Als Krankenpflege wird gewährt:

1. Krankenpflege von Beginn der Krankheit an; sie umfaßt ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei sowie Brillen, Bruchbändern und anderen kleineren Heilmitteln; und
2. Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Arbeitstag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht; es wird vom vierten Krankheitstage an, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts an gewährt.

Die baren Leistungen der Kasse werden also nach dem Grundlohn bemessen.

Als solchen stellt die Zahlung den durchschnittlichen Tagesentgelt derjenigen Kassenmitglieder, für welche die Kasse errichtet ist, bis fünf Mark für den Arbeitstag, fest.

Die Zahlung kann den durchschnittlichen Tagesentgelt auch nach der verschiedenen Lohnhöhe der Versicherten stufenweise bis auf höchstens sechs Mark festsetzen.

Nach dem alten Gesetz konnte nur bis zu einer Höchsten Grenze von vier, bezw. fünf Mark gegangen werden. Die Hinaufhebung des durchschnittlichen Tagesentgelts, die in der Kommission erfolgte und vom Reichstag akzeptiert wurde, stellt eine bedeutende Verbesserung dar; sie ermöglicht höhere Grundlöhne und Kassenleistungen. An Stelle des halben Grundlohns als Krankengeld kann die Kasse, sofern sie leistungsfähig ist, dreiviertel des Grundlohnes gewähren. Die Sozialdemokraten wollten diesen Betrag obligatorisch im Gesetz vorschreiben. Das hätte unter Umständen für viele Kassen solche Mehrausgaben gebracht, daß ihre Existenz in Frage gestellt worden wäre, und jedenfalls die Beiträge der Mitglieder ungemessen hätten erhöht werden müssen. Der erwähnte Antrag wurde deshalb mit 212 gegen 59 Stimmen vom Reichstag abgelehnt.

Die Krankenhilfe muß mindestens 26 Wochen lang gewährt werden.

Durch Zahlung kann der Krankengeldbezug auch schon vom ersten Tage an gewährt und die Dauer der Krankenhilfe auf ein Jahr ausgedehnt werden.

An Stelle der Krankenpflege und des Krankengeldes kann Kur und Pflege in einem Krankenhaus, also Krankenpflege gewährt werden. Neu ist die Bestimmung, daß mit Zustimmung des Versicherten Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger oder Krankenschwestern gewährt werden kann.

Durch Zahlung kann für kleinere Heilmittel ein Zuschuß gegeben werden. Die Kasse kann bei der Krankenpflege noch andere als kleinere Heilmittel, insbesondere Krankenzustubliegen, was bisher auch nicht möglich war.

### Die Wochenhilfe ist erweitert worden

Wöchnerinnen, die mindestens sechs Monate Rassenmitglied sind, sollen auf die Dauer von acht Wochen (bisher sechs Wochen) Wöchnergeld in Höhe des Krankengeldes erhalten. Gegen diese Bestimmung ist früher schon Widerspruch erhoben worden; insbesondere, daß auch Ledige dieses Wöchnergeld erhalten sollen. Wir haben uns seinerzeit mit gutem Recht für die Aufrechterhaltung der längst bestehenden Wochenhilfe für alle weiblichen Berichterstellenden verwendet. Ein Streit

über die Frage entstand denn auch nicht im Reichstag, sondern darüber, ob diese Bestimmung auch auf die Mitglieder der Landkassen ausgedehnt werden solle.

In dritter Lesung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß Mitglieder der Landkassen, die nicht der Gesundheitsversicherung unterliegen, Wöchnergeld auf die Dauer von vier Wochen erhalten müssen; durch Zahlung kann es acht Wochen lang bestimmt werden. Dieser Beschluß ist ein Kompromiß, ohne den die Verabschiedung des Gesetzes sehr erschwert worden wäre. Man wollte erst die Wirkungen der Wochenhilfe bei den neuerrichtenden Landkassen abwarten, und glaubte denselben Weg beschreiten zu sollen, wie seinerzeit die Ortskassen ihn beschritten hatten.

Die Sozialdemokraten stellten auch hier weit über das Ziel hinauschießende Anträge mit dem Zwecke, die Mutterkassensicherung im Krankenversicherungsgeheimnis einzuführen. Eine solche Versicherung kostete etwa 360 Millionen Mark. Da bei der Krankenversicherung die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zahlen müssen, so hätte also von ihnen eine fast unerschwingliche Summe aufgebracht werden müssen. Die Kosten einer solchen ausgedehnten Wochenhilfe und Säuglingsfürsorge kann man nicht den Krankenkassen allein auferlegen, da muß die Allgemeinheit und der Staat mit herangezogen werden. Der Reichstag lehnte schon in der zweiten Lesung die erwähnten Anträge mit 240 gegen 63 Stimmen ab.

Schon bei der letzten Novelle, als die Ausdehnung der Wöchnerinnenhilfe durchgeführt wurde, wandten sich auch sozialdemokratische Blätter, so der „Genosse“ Reichshäuser im „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“, gegen diese, mit dem Hinweis, daß dadurch die Kassen schwer belastet und die Simulation gefährdet würde. Jetzt sprechen die Sozialdemokraten von „Arbeiterverrat“ der Mehrheitsparteien. Man ließ „Genossen“ im Reichstag schimpfen und toben; trugte man doch, daß sie es mit ihren Anträgen nicht sonderlich ernst nahmen.

Die Genossen Hoch und Schmidt haben es verraten: „Wir reden nicht, um Zustimmung zu finden, sondern um das Verhalten der Mehrheitsparteien zu zeichnen. Mit den Anträgen soll ein Nachschlagewerk über die Arbeit der Sozialdemokraten geschaffen werden.“

Es ist also die Beste, nichtsmutige Parteipolitik, die hier getrieben wird. „Wir reden nicht, um Zustimmung zu finden“, sondern

### nur aus agitatorischen Gründen

Schon früher, auf dem Parteitag in Halle, hat ein Führer, Abgeordneter Singer, eingestanden, daß seine Partei die parlamentarische Tätigkeit nur als Agitationsmittel benutze. Das muß man sich gut merken. Bei Schaffung des Krankenversicherungsgeheimnisses, 1883, hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages mit ähnlichen Argumenten gekämpft, wie heute kund von „Entrechtung der Arbeiter“ gesprochen, das Gesetz als „Klassen- und Ausnahmengesetz“ erklärt. Wie ungeheuer gegenständig aber die Krankenversicherung wirkt, weiß heute jeder Arbeiter und Versicherte.

Beschlossen wurde, den weiblichen Versicherten Hebammenkosten und ärztliche Geburtshilfe, wie auch Schwangerengeld zu gewähren; ebenso Stillgeld 12 Wochen lang in Höhe des halben Krankengeldes.

Als Sterbegeld wird beim Tode eines Versicherten das Zwanzigfache des Grundlohnes gezahlt. Familienhilfe zu leisten, ist den Kassen freigestellt worden. Nach dem angenommenen § 218 kann durch Zahlung bestimmt werden, daß versicherungsfreie Familienmitglieder des Versicherten, Krankenpflege, die Frauen auch Wochenhilfe erhalten und daß beim Ableben derselben Sterbegeld bezahlt wird.

Wichtig ist auch der § 225; darnach erhält ein Versicherter, der Krankenkasse bezieht, aber zu einer anderen Kasse übertritt, von letzterer Kasse die weiteren Leistungen. Mehrleistungen werden aber von dieser nur dann gewährt, wenn ein Anspruch auf solche bei der vorherigen Kasse schon bestanden hat. Um den Streit aus der Welt zu schaffen, der bei unrichtiger Anmeldung manchmal entstanden ist, wurde bestimmt: eine Person, die ununterbrochen drei Monate Beiträge bezahlt hat, hat Anspruch auf die zukunftsreichen Leistungen. Auch die Weiterversicherung Arbeitsloser wurde garantiert. Es bleibt für solche beim Ausscheiden aus der Kasse wegen Erwerbslosigkeit der Anspruch auf Regelleistung bestehen, wenn der Versicherungsfall innerhalb dreier Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.

## Zur Lage der im Eisenbahn- und Brückenbau beschäftigten Metallarbeiter

erhalten wir von einem Kollegen aus Rath bei Düsseldorf folgende Zuschrift und eröffnen mit deren Wiedergabe an dieser Stelle die Diskussion über die Verhältnisse der in dieser Sparte unserer Metallindustrie beschäftigten Kollegen. Der Kollege schreibt:

Der Artikel über die Lage der Brückenbauarbeiter in voriger Nummer trifft den Nagel auf den Kopf. Im allgemeinen sind die Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse im Brückenbau die denkbar ungünstigsten. Es mag auch wohl in dieser Arbeiterkategorie Leute geben, welche einigermaßen einen Verdienst haben; aber man muß sie hier, wie wohl nirgend anders, mit der Laterne suchen. Im großen und ganzen muß man dem Kollegen, der in der vorigen Nummer zu Wort kam, recht geben, wenn er sagt, daß durch die schwere Arbeit und lange Arbeitszeit die Brückenbauer davon abgehalten werden, einmal über ihre Lage nachzudenken. Es ist eben schlaue Berechnung der Unternehmer, wenn sie diese Arbeiter möglichst viel überstunden reißen lassen; denn dadurch werden die Arbeiter über ihre Hungerlöhne hinweg getäuscht. Nur wollen die Brückenbauarbeiter dieses nicht einsehen. Sie sehen nicht ein, daß durch die lange Arbeitszeit ihr Körper und ihre Gesundheit vorzeitig ruiniert werden. Wer mag da noch zu behaupten, daß bei beratigen Zuständen noch von Pflege des Familiensinnes und des Berufsstandes für das Gütliche und Schöne gesprochen werden kann. Aber nicht allein die niedrigen Löhne und lange Arbeitszeit sind brennende Punkte im Arbeitsverhältnis der Brückenbauarbeiter. Wie sieht es z. B. mit den Wascheinrichtungen aus? Meistenteils ist eine solche überhaupt nicht vorhanden. Da sieht man diese Kollegen zu 3—4, ja 5—6 Mann um einen Eimer versammelt, um sich wenigstens vom ärgsten Schmutz zu reinigen. Also, nette hygienische Zustände. Auch die Abortanlagen sind in den meisten Fällen unzureichend oder in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet.

Mögen auch diese Zeilen dazu beitragen, daß den Brückenbauarbeitern sehr bald die Augen aufgehen, damit sie einsehen, wie überaus traurig ihre Lage ist. „Reiner wird

schlechter behandelt, als wie er sich's gefallen läßt!“ Dieses Wort hat auch seine Geltung für unsere Brückenbauarbeiter. Also an Werk, ihr Brückenbauer! Steht in den christlichen Metallarbeiterverbänden, er bietet euch die Hand, daß auch ihr euch größere Freiheiten und Rechte erkämpfen könnt. Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß. S. M.

## Aus der Arbeiterbewegung.

### Die zweite Zahlstellenkonferenz der christlichen Gewerkschaften des Niederrheins.

Am Vormittag des Himmelfahrtstages traten die Delegierten der niederrheinischen Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften zu einer Konferenz im Verbandshaus zu Cleve zusammen. Gleich wie im Vorjahre in Geldern war auch jetzt wieder der Besuch ein sehr starker. Außer den Gästen und Teilnehmern anderer Korporationen waren 18 Verbände durch 22 Delegierte vertreten. Anstelle des erkrankten Vorsitzenden, Kollegen Cammann-Düsseldorf, eröffnete Kollege Schmitz-Düsseldorf die Verhandlungen. Mit einem Rückblick auf die vorjährige Tagung lenkte er die Aufmerksamkeit gleich auf die Wichtigkeit der Konferenz, die heute mehr in strukturell sein würde, nachdem beim ersten Mal der Zusammenkunft in Geldern das agitatorische Moment im Vordergrund stand. Unter den erschienenen Gästen begrüßte er besonders den Vertreter des Bürgermeisters der Stadt, den Herrn Stadtschreiber Meier. Ferner waren anwesend die Präses der Arbeitervereine Cleve und Materborn, der Vizepräsident von Cleve und Herr Pfarrer Helmrich von Materborn. Im Büro wurden gewählt die Kollegen Schmitz-Düsseldorf als erster und Meier-Cleve als zweiter Vorsitzender.

Den Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften am Niederrhein, den Kollege Schmitz-Düsseldorf erstattete, ist zu entnehmen, daß sich die Bewegung in der Zeit vom 1. Januar 1910 bis 1. April 1911 fast verdoppelt hat. Neben führt diese erfreuliche Aufwärtsbewegung zum größten Teil auf die befruchtende Wirkung der letztjährigen allgemeinen Gewerkschaftskonferenz in Geldern zurück. Zahlenmäßig ergibt sich folgendes Bild: Im 1. Januar 1910 waren in 66 Zahlstellen 4985 Mitglieder vorhanden, am 1. April 1911 aber in 118 Zahlstellen 9041 Mitglieder. Die Zunahme beträgt also in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit 52 Zahlstellen und 4056 Mitglieder. Von den größeren Verbänden sind an der Steigerung hauptsächlich beteiligt die Textilarbeiter, die am 1. April 1911 in 17 Zahlstellen 3297 Mitglieder zählten (gegen 2530 am 1. Januar 1910), die Eisenbahnarbeiter und Arbeiter mit 18 Zahlstellen und 962 Mitglieder (1 und 25), Tabakarbeiter 9 Zahlstellen und 910 Mitglieder (8 und 741), Nahrungs- und Genussmittelindustrie 4 Zahlstellen und 803 Mitglieder (2 und 287), Holzarbeiter 15 Stellen und 701 Mitglieder (8 und 287), Lederarbeiter 6 Zahlstellen und 400 Mitglieder (3 und 282), Metallarbeiter 12 Zahlstellen und 580 Mitglieder (7 und 174), Bergarbeiter 7 Zahlstellen und 327 Mitglieder (3 und 206) usw.

An der Aufwärtsentwicklung sind besonders stark beteiligt Krefeld (Zunahme 267 Mitglieder), Völsberg (+ 251), Geldern (+ 243), Kaldenkirchen (+ 196), Xanten (+ 192), Uerdingen (+ 192), Hünfeld (+ 94), Greffath (+ 89) u. v. m. Vertreten ist die christliche Gewerkschaftsbewegung in dem Bezirk, für den die Konferenz tagt, von Uerdingen, Krefeld, Kaldenkirchen abwärts bis Cleve und Kreis Rees), in 49 Orten. Ortsstellen sind seit der letzten Konferenz drei neu gegründet worden. Daß diese planmäßige Zusammenfassung der Kräfte außerordentlich segensreich gewirkt hat, geht daraus hervor, daß die Zunahme in diesen drei Orten allein 7 Zahlstellen und 524 Mitglieder beträgt.

Kollege Stegertwald-Köln sprach dann über das Thema: „Der Kampf um unsere Weltanschauung im Wirtschaftskreis.“

Die sogenannte Niebesche Weltanschauung von dem Herrenmenschen und seine in starkem Maße bei den Großindustriellen und Schachmachern, die Gegner des Sozialismus sind und jede Gleichberechtigung dem Arbeiterstande abschreiben. Sie haben das Bestreben, durch die Errichtung von Zwangsarbeitsanstalten die Ausmaß der Arbeiter treffen zu können und so die tüchtigsten Arbeitskräfte auszusuchen, um ihre Position zu stärken. Für die Schwächlinge und minderleistungsfähigen Arbeiter soll die Allgemeinheit oder die Armenverwaltung aufkommen. Die zweite Weltanschauung ist die sozialistische, welche auf dem Boden der materialistischen Gesellschaftsauffassung steht. Dadurch, daß die Sozialdemokratie diese Grundlage zum Ausgang ihrer Interessen macht, kann der christlich-nationale Arbeiterstand in ihr nicht ihre Interessentvertretung erblicken. Den Klassenkampf in der Arbeiterbewegung lehnen wir ab. Auch ohne diesen ist es möglich, sich in der heutigen Gesellschaftsordnung durchzusetzen und auf Grund der christlichen Weltanschauung Verbesserungen für die Arbeiterschaft zu erzielen. Notwendig hierzu seien erstens starke Selbsthilfeorganisationen und zweitens, Einfluß zu gewinnen auf die Gesetzgebungsmechanik. Den Einfluß, den die christlich-nationale Arbeiterbewegung heute auf die Gesetzgebung ausübt, sei stärker als der der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Bei einem Rückblick auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung zeige sich, daß, als die christlichen Gewerkschaften gegründet wurden, die sozialistische Arbeiterbewegung im Jahre 1899 bereits 55 Zentralverbände mit 800 000 Mitgliedern zählte und über ein Vermögen von 8 Millionen verfügte. Außerdem war eine große Anzahl Führer vorhanden, welche eine jahrelange Erfahrung besaßen, und ihnen zur Seite standen die Gewerkschafts- und Parteipresse. Dieses alles fehlte bei der Gründung der christlichen Gewerkschaften. Trotz aller Hemmnisse und Widerstände der gegnerischen Organisationen waren am Jahresabschluß über 320 000 christliche Gewerkschaftler vereinigt, mit einer Jahresrechnung von über 5 Millionen und einem Vermögensstand von über 6 Millionen Mark. Die christlichen Gewerkschaften verfügten über 27 Gewerkschaftsorgane; darunter vier in Fremdsprachen sowie das Zentralblatt. Wenn man das letzte Jahrzehnt Gewerkschaftsarbeit überblende, so zeige sich, daß wir mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung vorwärts gekommen sind. Das Jahr 1910 brachte uns einen Gesamtzuwachs von 35 000 Mitgliedern. Der Zuwachs in den ersten vier Monaten des Jahres 1911 beträgt mindestens 25 000 und es sei die berechtigende Hoffnung vorhanden, daß das Jahr 1911 mit einem Gesamtgewinn von 50- bis 60 000 neuen Mitgliedern abschließe. Von den 7 1/2 Millionen organisierten Arbeitern gehören nur 2 1/2 Millionen den Gewerkschaften an. Mit der Aufforderung zu sein zur Gewinnung der fernstehenden Arbeitermassen, schloß der Redner seine instruktiven Ausführungen.



Eugenburg-Pannekoek-Blod würde ihn räubern. Ueber das neue Loch in der Internationale ist die sozialdemokratische Presse ganz verzweifelt. Sie meinte, es bedürfte noch sehr vieler Erziehungsarbeit, bis die Engländer mit dem internationalen Sozialismus in Reich und Glied marschierten. Uns will scheinen, daß nicht nur die Engländer, „aus der Reihe tanzen“. Aus Belgien kommt ebenfalls eine Schreckensnachricht. Der erste Führer der belgischen Sozialdemokraten, Herr Vandervelde, hat im Hause seines intimsten Freundes Solvay — des reichsten Mannes in Belgien — eine Unterredung mit dem König gehabt. — Es ist doch ein Jammer um die internationale „Völkerverbrüderung“!

Der sozialdemokratische Diamantarbeiterverband in Holland hat eine Konkurrenzorganisation bekommen. Das neue Vereinigung ist am 1. Januar gegründet worden und gab am 1. Juni die erste Nummer ihres Fachblattes heraus. Das Verbandsorgan nennt als erste Aufgabe des neuen Diamantarbeiterverbandes „Schutz der Freiheit der Berufswahl in der Diamantindustrie“. Die Neugründung ist auf die Gewaltthätigkeit und die Fesselungspolitik des sozialdemokratischen Verbandes zurückzuführen. Das Programm der neuen Vereinigung sagt darüber: „Die erzwingende, künstliche und durchaus willkürlich geregelte Abschließung der Zufuhr neuer Kräfte zum Diamantarbeiterbetrieb wird von uns in jeder Hinsicht zurückgewiesen. Sicher haben wir nichts dagegen einzubringen, wenn dafür gesorgt wird, daß nur Fachkundige zur Ausübung dieses Berufes zugelassen werden, aber wir verurteilen eine Fesselungsregelung, wie sie unter Suggestion einiger Machthaber der Diamantindustrie in Amsterdam aufgebracht worden ist und welche die Gefahr, daß Amsterdam auf dem besten Wege ist, seinen Rang als Beherrscherin der Diamantindustrie zu verlieren, gar nicht herabdrückt hat. Denn Amsterdam verankert die glänzenden Erfolge seines Mittelverfalls dem großen Irrtum des Herrn Polak, (Führer des sozialdemokratischen Verbandes), daß er es für möglich gehalten hat, auch außerhalb Amsterdams für seine Fach- und Gesinnungsgenossen ein unerschütterliches Monopol zu schaffen.“ Der holländische Diamantarbeiterverband, mit dessen Gewaltpolitik wir uns schon beschäftigt (Nr. 49/1910 und 4/1911) hat nicht nur rückwärtslos brutale Machtpolitik getrieben, die allen gewerkschaftlichen Grundgesetzenohnen, sondern auch seine Mitglieder unerschrocken terrorisiert. Gegen diesen Terrorismus wendet sich das Organ des neuen Verbandes und gibt den sozialdemokratischen Machthabern zu verstehen, daß es mit ihrer Herrschaft außerhalb des Bundes jetzt zu Ende sei. Man werde sich von nun an dessen Willen durch das Arsenal der Folterwerkzeuge der modernen Fachaktion, durch Vohheit, durch Postenlegen, durch Verdrängungen durch Verleumdung und Beschimpfung, durch Stiftung von Unfrieden im Schoße der Familie, durch Vereitelung von Verlobnissen und Heiraten — nicht mehr aufzwingen lassen, denn von nun an werde man auf einen organisierten Widerstand stoßen. — Man scheint im Schoße der neuen Vereinigung auf die Sympathie des größten Teils der Zutvellerer rechnen zu können, die, wie jedermann weiß, von Anfang an im stillen, aber ohnmächtig gegen die von Henri Polak mit starrer Hand geführten Jügel geknirscht haben; man hofft aber auch auf den Beitritt zahlreicher Arbeiter, die des Terrorismus der Bundesleitung schon längst müde sind und, als sie wohl schwerlich schon vergessen haben werden, daß sie, als sie am letzten Julianatag an den nationalen Volkskundgebungen teilnahmen, vom Bundesvorstand wie unmündige Schuljungen behandelt wurden. — Das ist kein schönes Bild, das da von ehemaligen Mitgliedern gegen die Leitung des sozialdemokratischen Diamantarbeiterverbandes entworfen wird.

Vor dem sozialdemokratischen Terrorismus sind jetzt auch die eigenen Führer nicht mehr sicher. Der Parteisekretär Hofrichter in Köln, sozialdemokratischer Reichstagskandidat, hat ein Grabdenkmal für seine verstorbene Tochter zum Preise von 120 Mark begeben. Hofrichter übertrug die Anfertigung des Denkmals einem Meister, der mit seinen beiden Söhnen und einem Lehrling arbeitet, aber keine sozialdemokratisch organisierten Steinmetzgehilfen hat. Mit seiner Handlung hat Hofrichter den Born der sozialdemokratischen Steinmetzen-Organisation in Köln hervorgerufen. Eine Versammlung gab ihre Meinung dahin kund, daß man von einem Manne wie Hofrichter, mehr Rücksichtnahme auf die „Genossen“ erwarte. Es wurde dann beschlossen, den „Genossen“ Adolf Hofrichter zur nächsten Versammlung zu zitieren, damit er sich rechtfertige und außerdem seinen Meister veranlasse, seine Firma, die auf dem Grabmal in der nächsten Form angebracht ist, wieder zu beseitigen. — Herr Hofrichter wird sich beeilen, denn Aufse des Gerichts unverzüglich Folge zu leisten. Der Mangel an Taftgefühl, ja diese Noth gegenüber einem ob des Verlustes seines Kindes tiefgebeugten Vater eröffnet angenehme Ausichten für alle, die sich dem sozialdemokratischen Terrorismus aus irgend einem Grunde nicht entziehen können.

Nichtswürdige Verleumdungen treiben in der letzten Nr. der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ ihr Handwerk. In einer Korrespondenz unter M. Glöckner wird in echt sozialdemokratischer Manier von einem „Gerücht“ geredet, nach welchem ein Unternehmer für den christlichen Metallarbeiterverband Flugblätter bezahle. Man sollte meinen, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und seine Zeitungen hätten es für unter ihrer Würde, mit derartigem Analisch aufzuwarten. Sine malen ist es doch schon Gelegenheit hatten, „Gerüchte“ an eigenen Leibe zu erfahren. So schwärzte einmal ein Gerücht, welches „Schmiergeld“ und einen Redakteur der „Metallarbeiterzeitung“ in Zusammenhang brachte; natürlich wurde die Falschigkeit — nachgewiesen. Ein andermal sollte ein Gauleiter beim Abschluß eines Streiks vom Unternehmer bestochen worden sein, natürlich war auch das — nicht wahr. Beide Fälle wurden aber auf der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes besprochen. Nach diesen Erfahrungen hätten wir die „Metallarbeiterzeitung“ für klüger gehalten, als uns mit derartigem „Trotz“ zu betheiligen. Es muß schon weit gekommen sein, wenn die Glöckner Größe, die wahrscheinlich in Düsseldorf sitzt, nach dem . . . rühmlichen Ende Donaths zu solchen Mitteln greift. Dafür haben wir nur ein kräftiges „Wui Teufel!“ Daß die gemeine Unterstellung eine ausgespöckte Lüge ist, brauchen wir wohl nicht noch besonders zu versichern. Den übrigen Inhalt der Einkombe können wir nach dieser Probe übergehen. Im übrigen ist in Nr. 22 eine Klarstellung der Bielefelder Angelegenheit erfolgt. Aus der nichtswürdigen Verleumdung ergeben unsere Kollegen mal wieder, wie vordem sozialdemokratischen Metallgenossen gelogen wird. In möglichst harmloser Weise, an verdorbenster Stelle wird von einem ehrabwärtigen Burschen eine betrockene Gemeinheit untergebracht, und die Ge-

noszen in der Werkstatt schwindeln nach dem Motto: „Wir Sozialdemokraten sind ehrliche Leute, aber wir mögen, wo wir mögen können — das weitere hinzu, um den Gegner herunterzujagen.“ — Mit solchem Gefindel muß man sich herum-schlagen, jagte der alte Friß nach der Schlacht von Künersdorf.

Aus den Memoiren einer Sozialistin. Frau Lilly Braun, geborene v. Kretschmann, die von König „Lustig“ Jerome von Westfalen abstammen will, hat einen neuen Band Denkwürdigkeiten veröffentlicht, in dem sie von ihrer ersten Zeit als „Genossin“ erzählt. Schöne Bilder sind es gerade nicht, die Frau Braun erzählt, dafür sind sie um so tragischer in ihrer Wirkung. Als Lilly Braun sich in Stuttgart in Reich und Glied stellen wollte mit den sozialistischen Frauen, wurde ihr von Clara Zetkin bedeutet: „An ein Zusammenarbeiten von uns und ihnen ist natürlich gar nicht zu denken.“ Als Frau Braun nach der Teilnahme an der Journeufahrt nach England sich beschwerte wegen der Streichung ihres Namens aus der offiziellen Mediensliste, wurde Clara Zetkin betätigt wütend, daß ein Genosse eingereist mußte. „Klara“ wollte „Lilly“ verhöhnen. Frau Braun beschwerte sich mal bei Auer über die Genossinnen, der aber meinte: „Glauben Sie mir alten Knauser: so lange ich denken kann, war bei den Frauen stets derselbe Krakeel, und wenn ich schon lange modre, wird's ebenso sein. Sie haben alle Intelligenz der Unterdrückten in konzentrierter Form, und schlingt man nicht wie die Wanda (Klara Zetkin) beständig die Krante, so hat man verfehlt. Selen Sie verjüngert, schon Ihr Aussehen vergehen Ihnen die Welber nie.“ Der österreichische Sozialistführer Victor Adler riet ihr schroff, als sie zu ihm zu ihrem Anschluß an die sozialdemokratische Partei sprach: „Bleiben Sie draußen; eine Kolonialhant gehört dazu — ich zweifle, daß Sie die haben.“ — „Und wenn ich die hätte?“ — „Dann ja, dann tragen Sie wie wir Ihre Knochen auf den Markt der Partei.“ Als sie zum ersten Male zu Liebknecht kam, sagte er mit gutmütigem Spott in den Augen: „Soll ich einen wirklich freundschaftlichen Rat geben? Klammern Sie sich nicht um die Frauen, wenn Sie etwas erreichen wollen. Sie sind noch rückständiger als die Männer, können auch gar nicht anders sein. Wo sollen sie auch die Erkenntnis hernehmen, die armen Weiber?“ Inbes hat Frau Braun nicht allein über die Genossinnen zu klagen. Auch die „zielbewußten“ Marxisten begegneten ihr mit Mißtrauen, war sie doch die Frau eines Revisionisten. Der englische Sozialist Bernhard Shaw erklärte ihr einmal: „Die deutsche Partei ist von nichts freier als von — Freiheit — . . . Freiheit vom Dogmenglauben ist einer der Grundprinzipien des echten Sozialismus. Der Wille zur Macht ist ein anderes — die Deutschen machen den Willen zur Phrase daraus.“ — Diese Denkwürdigkeiten verdienen als Kulturdokumente des Sozialismus der Nachwelt erhalten zu bleiben.

## Streiks und Lohnbewegungen.

### Zur Arbeiterbewegung in der Siegerländer Metallindustrie.

Die Bewegung zwecks Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit in denjenigen Betrieben der Siegerländer Metallindustrie, wo dieselbe noch nicht besteht, nimmt allmählich erstere Formen an. In der Walzengießerei und Dreherei von Peipers u. Cie. sind die Walzengießerei nach vorausgegangener Kündigung am Tage vor Pfingsten in den Streik eingetreten. Alle Bemühungen der Organisationsvertreter, und der von den Arbeitern gewählten Kommission, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu erledigen, scheiterten an der Starrköpfigkeit der Direktion. Rehn Wochen hindurch haben die Kollegen mit der Werkleitung hin und her verhandelt um ihre Forderungen: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, 15 Prozent Lohnerhöhung, und Schaffung eines Arbeiterausschusses durchzuführen. Alle Verhandlungen endeten aber stets resultatlos. Es blieb also nichts weiter übrig, als das letzte Mittel, den Streik, in Anwendung zu bringen. Genau so einmütig wie die Kollegen die Kündigung eingereicht haben, so einmütig haben sie auch die Arbeit niedergelegt. Alles ist bis jetzt in musterhafter Ruhe und Ordnung abgelaufen. Nur Herr Direktor Sarg legt eine merkwürdige Nervosität an den Tag. Auch die wohl-löblichen Polizei erschien gleich auf der Wilschläche. Morgens, mittags und abends bei Beginn bzw. Schluß der Arbeit wurde die Fabrik die ersten Tage von einem polizeilichen Doppelposten bewacht. Ob die Polizei nun zum Schutz der „braven“ Arbeitswilligen kommandiert war oder zu einem anderen Zweck, entzieht sich unserer Kenntnis. Auf alle Fälle hat die „maßgebende Stelle“ eingesehen, daß es für die Polizei nichts zu tun gibt, und entjendet deshalb nunmehr nur noch einen Beamten.

Inzwischen hat der Streik eine grundsätzliche Wendung genommen. An die auf Streikposten stehenden Arbeiter wurde schon des öfteren die Aufforderung gerichtet, doch die Arbeit wieder aufzunehmen, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Am Donnerstag, den 8. Juni redete Herr Direktor Sarg zwei auf Streikposten stehende Kollegen auf der Straße an und verhandelte längere Zeit mit denselben. Der Herr Direktor erklärte sich bereit, alle streikenden Arbeiter wieder einzustellen, und sämtliche Forderungen zu bewilligen, wenn die Arbeiter aus der Organisation austreten würden und ihren Austritt durch eine schriftliche Erklärung bestätigten. (!) Die Bewilligung der von den Arbeitern gestellten Forderungen sei eine Kleinigkeit. — Mit dieser Stellungnahme der Direktion ist das Kampfobjekt vollständig verlohren. Es handelt sich jetzt nicht mehr um die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, auch nicht um die Lohnerhöhung von 15%, oder die Schaffung des Arbeiterausschusses, — das alles zu bewilligen, ist dem Herrn Direktor nach seinen eigenen Worten eine Kleinigkeit. Der Kampf dreht sich nunmehr um die Anerkennung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts der Arbeiter. In einer am Tage nachher stattgefundenen Versammlung der Streikenden wurde die Forderung des Herrn Direktors einstimmig abgelehnt, und dem letzteren dieser Vorschlag sofort schriftlich mitgeteilt.

Es hat den Anschein, als ob die Siegerländer Metallindustriellen einen gemeinsamen Schlag gegen die Organisation der Arbeiter planen. Daraus deuten die Lajungen des Direktor Sarg gegenüber den vorhin erwähnten Kollegen hin. Herr Sarg wies darauf hin, daß in dem Moment, wo die streikenden Dreher aus der

Organisation austreten würden, dieselben überall in Arbeit treten könnten. Als organisierte Arbeiter würden sie aber im ganzen Siegerlande keine Arbeit bekommen (!?). Wir werden abzuwarten haben, ob diese Ankündigung den Tatsachen entspricht. Die Former und Gießereiarbeiter der Firma Peipers u. Cie. hatten die gleichen Forderungen, wie die Dreher, eingereicht, ohne bis zur Stunde ein greifbares Resultat erzielt zu haben. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß die letzteren, falls die Situation keine Milderung erfährt, sich mit den kämpfenden Walzengießern solidarisch erklären werden. Auf alle Fälle ist die Sachlage ernst und die Ausdehnung des Kampfes nicht abzusehen.

Ueber die Siegerländer Metallarbeiter zu Weidenau, und über die Siegerländer Metallgesellschaft für Eisendonstruktion, Brückenbau und Verzinkeret ist bekanntlich die Sperre verhängt. Sperrebrecher haben sich mit Ausnahme von einem auf dem letzteren Werk noch nicht eingefunden. Der Mann hat es aber doch nach einigen Tagen für besser gehalten, die Stätte seiner Wirksamkeit wieder zu verlassen.

Die Siegerländer Metallarbeiter machen auf! Jahrelang haben sie alles ruhig hingelassen. Die Zeiten scheinen jedoch jetzt endgültig vorbei zu sein. Die Kollegen in der Metallindustrie des Siegerlandes setzen je länger desto mehr ein, daß nur durch den Anschluß an die Organisation ihre Lage gebessert werden kann. Was alle Organisationsarbeit und alle Agitation nicht fertig bringen konnte, das haben die Siegerländer Metallindustriellen in der letzten Zeit mit ihrem Verhalten gegenüber allen, auch den bescheidensten Forderungen der Arbeiter zuwege gebracht. Kollegen! Nützt diesen Moment aus! Jeder muß ein Agitator für unsere Sache sein. Ruhen wir nicht eher, bis daß auch der letzte Siegerländer Metallarbeiter den Weg in die Organisation gefunden hat.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**Düsseldorf.** Die Elfenbleierel der Firma Schwarz ist für Former gesperrt.

**Düsseldorf-Beurath.** Die deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter aller Art gesperrt. **Schloß-Holte.** Auf der „Holter Elfenhütte“ (Inh. Dr. J. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugzug von Beschäftigten, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

**Danzig.** Auf der Seeschiffswerft J. Schläau ist Streik ausgebrochen. Zugzug von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

**Regensburg.** Hier selbst stehen die Schlosser im Streik. Zugzug ist fernzuhalten.

**Sendenhorst i. W.** In den Sendenhorster Emailkerwerken sind Differenzen ausgebrochen.

**Kauten.** Auf dem Emailkerwerk der Firma Brang Söhne stehen die Arbeiter im Streik. Zugzug ist fernzuhalten.

**Menden-Börsperde.** In der Drahtweberei und im Feinzug der Firma „Neuwahlwerk“ sind Lohnbifferenzen ausgebrochen. Zugzug von Drahtarbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

**Dortmund.** Der Arbeitsnachweis des Arbeitsgeberverbandes, Moritzgasse 1, ist für sämtliche Verufe gesperrt.

**Siegen.** Die Siegerländer Stahlröhrenwerke G. m. b. H. in Weidenau sind infolge erheblicher Mordredubzierungen für die Arbeiter aller Verufe gesperrt.

**Siegen.** Ueber die Siegerländer Aktiengesellschaft für Eisendonstruktion, Brückenbau und Verzinkeret ist die Sperre verhängt.

**Siegen.** Bei der Firma Peiper & Cie., Walzengießerei und Gießerei, stehen die Walzengießerei im Streik. Zugzug von Walzengießern ist streng fernzuhalten.

**Willingen, (Kreis Nees).** Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Georg-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen im Streik. Zugzug von Puddlern und Walzwerksarbeitern ist fernzuhalten.

**Berlin.** Die hiesigen Baulempner stehen im Streik. **Hildesheim.** Bei der Firma Eduard Ahlborn, Moltereimaschinen und Gerätefabrik, Rühlanlagen, haben die Klempner und Verzinker infolge Differenzen die Kündigung eingereicht. Zugzug ist fernzuhalten.

**Barmen-Rittershausen.** Sämtliche Arbeiter der Kettenfabrik von Köhler und Voentamp stehen im Streik.

**Zugzug ist fernzuhalten.**

## Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. Juni 1911 der fünfundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Juni 1911 fällig

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Essen.** (i. und Wagenschmiede.) Eine öffentliche Versammlung der Fuß- und Wagenschmiede, einberufen vom christlichen Metallarbeiterverband, fand hier selbst am 27. Mai im Lokale „Zur Stadt Elberfeld“ statt. Kollege Gröne referierte über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Eisener Schmiedeberuf“. An der Hand von statistischem Material wies der Referent die verschiedensten Mißstände nach. Stundenlöhne von 37—40 Pfg. sind an der Tagesordnung. Tageslöhne von 4 bis 5,25 Mark werden in Essen bezahlt. Auch sind noch Wochenlöhne vorhanden von 19 bis 30 Mark. Die Arbeitszeit dauert täglich 10½ bis 11½ Stunden. Kopf- und Logisbeitrag wurde in einigen Fällen festgestellt. In einem Falle schlafen 7 Personen in 5 Betten; in einem anderen Falle 3 Personen in 2 Betten. Ferner wird über schlechte Wassereinrichtungen, mangelhafte Arbeitskräfte ufm. gellagt. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß die hiesige Schmiede-Zwangsunion zu den verschiedenen Mißständen Stellung nehmen müsse.

Zum Schlusse wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 27. Mai im Lokale „Zur Stadt Oberfeld“ stattgehabte, vom christlichen Metallarbeiterverband einberufene öffentliche Schmiedeversammlung“ erklärt, sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammlung erwartet, daß die hiesigen Schmiedemeister einen den veränderten Verhältnissen entsprechenden Lohn zahlen, überall die zehnstündige Arbeitszeit einführen, für Überstunden einen entsprechenden Zuschlag zum Lohn zahlen, Kost- und Logiswesen vollständig ausbilden, Waschrichtungen und Verbandzeug beschaffen werden. Die Versammlung erblickt besonders in der Festsetzung eines Mindestlohnes eine gerechte, alte Forderung der hiesigen Schmiedegesellen. Die Vertreter der hier in Betracht kommenden Organisationen werden ersucht, mit der hiesigen Gewerkschaft der Schmiedemeister in Verbindung zu treten. Die Versammlung erwartet von den Berufskollegen, die der Organisation noch fernstehen, daß sie sich unverzüglich der gewerkschaftlichen Organisation anschließen.“ — Durch Einigkeit der Fuß- und Wagenschmiede wird das Erreichte werden, was dem einzelnen unmöglich ist.

**Saarbezirk.** (Grube Camphausen.) Wie notwendig und berechtigt die Forderungen sind, welche der christliche Metallarbeiterverband im Interesse der Grubenhandwerker, Maschinisten und -Feizer an Minister und Abgeordnetenhaus gestellt hat, zeigen die nachfolgend aufgeführten Löhne, welche im Monat Mai in der Werksstätte und im Maschinenfach auf Grube Camphausen ausbezahlt wurden:

Alter	Schichten	Lohn
24 Jahre Feizer	28	78,40 Mk.
18 „ „	29	63,80 „
44 „ Dreher	23	116, „
33 „ Schreiner	25	124, „
24 „ Schmitz	27	97, „
29 „ „	26	115, „
22 „ „	24	81, „

Die hier angeführten Löhne sind keine Ausnahmen, sondern Regel; wir könnten noch viele solcher Beispiele anführen, doch mögen die oben erwähnten für heute genügen. Daß mit solchen Löhnen der Arbeiter nur notdürftig sein Leben fristen kann, liegt auf der Hand. Wenn dann noch, wie es bei einem der angeführten der Fall ist, 20 Mark für Kapitalschulden (Haus) abgezogen werden, wie muß es da in einer solchen Familie hergehen! Aber auch für die jüngeren Kollegen ist der Lohn viel zu schlecht. Wer kann heute in unserem teuren Gebiet einen jungen Menschen von 18, 22 und 24 Jahren betätigen, kleiden, logis und Taschengeld geben für 60—80 Mark? Das ernüchtert, was hoch steht bei dieser Aufstellung, das ist die Schichtenzahl. Viele Schichten, wenig Lohn, das ist das Los vieler Handwerker, Maschinisten und Feizer auf den preussischen Staatsgruben an der Saar. Mit Schuld an diesen schlechten Verhältnissen sind die Kameraden, welche bisher von ihrem Allokationsrecht keinen Gebrauch machten und glaubten die Beiträge „sparen“ zu dürfen. Hoffentlich sehen die Werksstättenarbeiter und Maschinisten der königlichen Saargruben bald ein, daß die bestehenden mangelhaften Lohn- und Arbeitsbedingungen nur durch Mitarbeit aller in ihrer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband, gebessert werden können.

**Freiburg i. B.** Sozialdemokratische Agitation. In welcher Weise die Genossen auf die Agitation gehen, beleuchtet das folgende, echt sozialdemokratische Kulturbüchlein, welches einem Vertrauensmann unseres Verbandes in Freiburg i. B. zugestellt wurde und das wir hier zur allgemeinen Erheiterung unserer Kollegen wörtlich zum Ausdruck bringen wollen.

„Freiburg i. B., 10. 8. 1911.

Werter Kollege!

Heute Samstag Abend ist wieder Schmiedeversammlung im Elefanten wozu wir dich freundlichst einladen. Auch möchten wir dich ersuchen wenn es dir möglich ist auch die anderen Kollegen welche nicht mehr den Christlichen nachlaufen mitzubringen. Es hat ja bei Euch auch kürzlich einer das Geleitenflüß gemacht der könnte sich nun auch dem Verbanne anschließen. Die erst Christlichen wollen wir natürlich nicht bekehren die mögen ihrem Wahn nachlaufen.

(Stempel)

Mit kollegialem Gruß

Die Ortsverwaltung.

Von dem Schreiber dieses kann man nur sagen: „Herr, verzeihe ihm, denn er weiß nicht, was er tut.“ Unsern Kollegen sollte diese echt sozialdemokratische Agitation aber ein Ansporn sein, auch ihrerseits energisch in die Agitation einzutreten und besonders die Kleinarbeit intensiv zu betreiben.

**Reheim.** Bei der hiesigen Firma „Metallwerke“, Aktien-Gesellschaft wird in letzter Zeit lebhaft Klage geführt über die ständigen Lohnreduzierungen und die willkürliche, stets schwankende Festsetzung der Arbeitspreise durch die betreffenden Meister und Betriebsbeamten. Da das Unternehmen in punkto Dividende für die Aktionäre bisher in kaum befriedigender Weise gewirtschaftet haben dürfte, so versucht man auf alle mögliche Art, an den zum Teil recht niedrigen Löhnen der Arbeiter durch beständige Reduzierungen nun die lang ersehnte Dividende „herauszuaparen“. Bereits im Dezember des vergangenen Jahres wurde die Arbeiterzeitung bei der Betriebsleitung vorstellig und bat um Beendigung der Lohnreduzierungen und Herausgabe einer schriftlichen Festlegung der Arbeitspreise. Die Direktion versprach den Wünschen der Arbeiter nachzukommen und versicherte, falls die betreffenden Arbeiter bei den jetzt bestehenden Arbeitspreisen ihren alten Lohn nicht erreichen, solle wieder eine Aufbesserung erfolgen. Leider ist die Firma bis heute, trotzdem die Arbeiter nochmals vorstellig geworden, ihren Versprechungen nicht nachgekommen.

In letzter Zeit versucht man nun besonders bei neuangestellten Arbeitern ein sogenanntes Prämienystem einzuführen. Einem besonders bräutigen Fall dieser Art glauben wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen. Vor einiger Zeit wurde an den Arbeiterverband der Dreherei ein Arbeiter zu einem Lohn von 250 Mark pro Tag eingestellt. Außerdem sollte er für jedes hundert Stück Stopfbüchsen, die er täglich über Tausend lieferte, 15 Pfg. mehr erhalten. Für die Herstellung von je hundert Stück Konter-Ruttern über 450 Stück täglich sollte er einen Zuschlag zum Tageslohn von 30 Pfg. bekommen. Auf diese Art sollte es ihm, nach Kalkulation der Betriebsleitung möglich sein, täglich an 3,75 Mark zu verdienen. Der betreffende Arbeiter, welcher nebenbei bemerkt sich auch noch verpflichten mußte, ein Jahr für den auf

die angegebene Weise zu verbienenden Lohn zu arbeiten, machte den Versuch. Aber das Resultat war ein herart flüchtiges, daß er in kurzer Zeit wieder dem Betriebe den Rücken kehrte. Einzelne schon länger dort beschäftigte Arbeiter haben ebenfalls den Betrieb verlassen, andere sind durch Krankheit, besonders Lungenleiden, an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert. Alles dieses besonders der letztere Umstand sollte der Direktion doch endlich klar machen, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter schließlich auch ein Ende hat und es endlich an der Zeit wäre eine gewisse Stabilität in den Arbeitspreisen eintreten zu lassen, nach welchen es den Arbeitern möglich wäre, einen auskömmlichen Lohn zu verdienen. Den betroffenen Arbeitern aber möchten wir auch an dieser Stelle die Mahnung zurufen, die Solidarität und Einigkeit im christlichen Metallarbeiterverband hochzuhalten und für die weitere Stärkung unserer Reihen nach Kräften Sorge zu tragen. In Zukunft wird es dann auch den Arbeitern der „Metallwerke“ möglich sein eine Besserung ihrer Verhältnisse herbei zu führen.

**Fierlohn.** Ueberall dort, wo die Arbeiter der gewerkschaftlichen Organisation zum überwiegenen Teile noch gleichgültig gegenüber stehen, sind auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht die besten; das zeigt sich so recht hier in Fierlohn und Umgebung. Noch vor kurzem haben wir uns an dieser Stelle den Lohnverhältnissen der Riedelfabrik beschäftigt; dieses Mal ist es das Verhalten des Herrn P. in Firma Pich u. Schult, welches zur Kritik Veranlassung gibt. Ein Arbeiter genannter Firma hatte eine Sorte eiliger Schlösser in Arbeit, war aber gewisser Umstände halber genötigt zwei Tage zu feiern. Die Arbeit sollte nun ein anderer Arbeiter fertig stellen, jedoch wurde diesem nicht gesagt, daß die Schlösser noch abgehen sollten, weshalb der sie seinem Gehilfen in Arbeit gab. Am Samstag, den 13. Mai kam nun Herr P. und fragte an, ob die Schlösser noch runter könnten. „Ich glaub' doch“, erwiderte der betr. Kollege. Nachmittags gegen 5 Uhr erscheint Herr P. wieder und fragt, ob die Schlösser unten seien. „Nein“, war die Antwort. Darauf entspann sich der folgende bezeichnende Dialog: Herr P.: „Habe Dir doch gesagt, die Schlösser sollten noch weg.“ Der Arbeiter: „Das ist nicht gesagt worden.“ Herr P.: „Drei bis vier Mal habe ich es gesagt, man sollte auch aus der Hütte werfen.“ Der Arbeiter: „Nein, Herr P. . . . Sie haben es mir nicht gesagt.“ Herr P.: „Ach Du dummes Vudel!“ Der Arbeiter: „Herr P. . . . ich verbitte mir das.“ Herr P.: „Was, noch Widerrede! Du kannst mit 14 Tagen aufhören.“ Der Arbeiter: „Ist gut, dann geht mein Bruder auch mit.“

Vergleichen Apostrophierungen der Arbeiter sollen übrigens bei Herrn P. gang und gäbe sein. Wünsche, wie „Gals zerbrechen!“ „Trophungen wie „Wude rauswerfen!“ und Titulaturen wie „Schafstopp“, „Rufcher“, „dummes Vudel“, „unverschämter Patron“, und andere, hier nicht wiederzugebende hört man des öfteren. Daß auch die Lehrlinge — und besonders deren Eltern — die „fördernde“ Hand des Herrn P. aus der Erfahrung heraus kennen, sei hier nur nebenbei registriert. Wir erinnern nur daran, daß vor mehreren Jahren unter der Hand des Herrn P. ein Paar Sehlingssohlrippen sogar äußerlich zu Schanden kamen und der Betreffende, der auch noch sonstige Spuren der „Behandlung“ an sich trug, mehrere Tage arbeitsunfähig war.

Kollegen von Fierlohn! Wollt ihr noch länger eine solche Behandlung über euch ergehen lassen; wollt ihr euch noch länger zum Spielball launiger Herrschaften hergeben? Wir glauben, eure Standes- und Menschenwürde sagt euch: Nein! und abermals nein! Eine Abänderung in dieser Hinsicht kann und wird aber nur eintreten, wenn ihr selbst mit Hand anlegt und euch zur Wahrung eurer vitalsten Interessen der gewerkschaftlichen Organisation anschließt. Nur der hat ein Recht zur Kritik, der auch gewillt ist, an der Beseitigung der Missethände mitzuwirken. Genüß, die Organisation erfordert auch Opfer, aber diese Opfer kommen der Arbeiterschaft wieder hundertfach zugute. Deshalb rufft euch auf und tretet Mann für Mann in eurer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband bei. Nur durch eine starke Organisation können auch in Fierlohn bessere Zustände geschaffen werden — und die erstreben wir doch alle. Also, tut mit auch alle unsere Pflicht und beherzigen wir das Wort: „Ohne Recht, ein Knecht; ohne Pflicht, ein Nicht!“

## Briefkasten.

An Mehrere. Wegen Stoffmangel mußten eine Anzahl Einsendungen für die nächste Nummer zurückgeschickt werden. — Die für die Redaktion bestimmten Mitteilungen sind selbstredend auch an die Hauptgeschäftsstelle Duisburg Seitenstr. 17 zu senden.

## Sterbetafel.

**Nachen.** Am 14. Mai starb unser langjähriger und treuer Verbandskollege Josef Rentmeister im Alter von 58 Jahren an den Folgen einer Lungenkrankheit.

**Morms.** Am 30. Mai starb unser treuer Kollege und früherer Vorsitzender Johann Lottermann, z. Zt. beim Militär, im Alter von 23 Jahren an Herzschwäche.

**Sterkrade.** Am 12. Mai starb unser Kollege und früherer Vertrauensmann Heinrich Schult im Alter von 50 Jahren an Lungenentzündung.

**Düren.** Am 25. Mai starb unser Kollege Math. Wein im Alter von 44 Jahren infolge Nagen- und Leberleidens.

**Essen.** Am 5. Juni starb unser Kollege Wilhelm Becker im Alter von 18 Jahren infolge eines Unglücksfalles.

Ehre ihrem Andenken!

## Veraminungs-Kalender.

**Kollegen und Kolleginnen!**  
Versamt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

**Breuna.** Unsere Mitgliedsversammlungen finden von jetzt ab im Sollojenn, Dähmerstr. 1 statt. — Am 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr öffentliche Metallarbeiterversammlung. Referent: Kollege Arbeiteriet. Giffen-Bochum Thema: „Die christlich-nationalen Arbeiter im Kampfe um ihre wirtschaftlichen Interessen und Ideal.“ Das Erscheinen aller Kollegen ist erwünscht; Unorganisierte mitbringen.

**Daglauden.** Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 3 Uhr im „Fisch“ Sektionsgründung mit Vortrag des Kollegen Thelen-Rannheim. Die Kollegen von Karlsruhe werden um zahlreichste Beteiligung gebeten.

**Dortmund-Hombruch-Barop.** Sonntag, den 18. Juni Gewerkschaft im Jägerhof. Vollständige Beteiligung unserer Kollegen wird erwartet. Redner Kollege Steiner-Essen.

**Dortmund-Verne.** Versammlung am 18. Juni, abends 5 Uhr bei Tellenhara.

**Dortmund-Cörne.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Drees, Kaiserstraße 204.

**Dortmund-Verne.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Nagel.

**Duisburg.** Sonntag, den 25. Juni, morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag bei Giesen, Wanneheimerstraße 88.

**Duisburg-Need.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Zinner.

**Duisburg-Rheinhausen.** Sonntag, den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Meiß.

**Düsseldorf-Verne.** Samstag, den 17. Juni, abends 9 Uhr Versammlung bei Lampenscher, Mittelstraße.

**Düsseldorf-Gerechheim.** Sonntag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung im Lokale „zum roten Hahn“.

**Düsseldorf-Bilk.** Sonntag, den 24. Juni, abends 9 Uhr Versammlung bei Wenamasser, Bülfer-Allee.

**Düsseldorf-Heerdt.** (Handweiser). Sonntag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Schmidt, am Handweiser.

**Düsseldorf-Rath.** Sonntag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Schullen, Münsterstraße.

**Düsseldorf-Oberbilk.** Sonntag, den 25. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Kider, Kiderstraße.

**Essen-Steele-Krag.** Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Restaurant Freitag, Grenzstraße in Krag.

**Essen-Jugendklasse.** Sonntag, den 18. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße 19 Zusammenkunft aller Mitglieder, welche in den Sektionen Stoppenera, Nord-Dr. Segeroth, Wittenheid, Stadt und Altenessen wohnen. Gäste mitbringen.

**Essen-Altenbork.** Sonntag, den 18. Juni, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wink, Altenborkerstraße 209.

**Essen-Altenessen.** Sonntag, den 18. Juni, abends 7 Uhr bei Esser, Hammerstraße, Versammlung mit Vortrag.

**Essen-Robert-Schönebeck.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wülfhoff, Germania-Platz.

**Essen-Frohnhausen.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Poltaischer, Frohnhauserstr.

**Essen-Folterhausen.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Buchner, Hobelienstraße.

**Essen-Fuitrop.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Stadthoff, Steelerstraße.

**Essen-Kellinghausen.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Schöer, Frankenstraße.

**Essen-Stadt.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im „Gewerkschaftshaus“, Frohnhauserstraße 19.

**Essen-Stoppenberg.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Th. Kordt, Hallestraße.

**Essen-Werden.** Sonntag, den 18. Juni, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Badger, Bornstraße.

**Flensburg.** Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Nordischer Hof“ außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Ref.: Stadtorbener und Arbeitersekretär Kollege Gilling-Bochum. Unorganisierte und Freunde mitbringen.

**Gladbek.** Samstag, den 24. Juni, abends 7 1/2 Uhr bei Korpot (Christliches Gewerkschaftshaus).

**Gelsenkirchen-Neckendorf.** Sonntag, den 18. Juni, vormittags 11 Uhr bei Vatter.

**Hattingsen.** Versammlung am Samstag den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Hammer, Bruchstraße.

**Hork-Emischer.** Samstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr bei Daffino.

**Hannover.** Samstag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr außerordentliche Mitglieder-Versammlung in Linden, Konradstraße 14. Alle erscheinen.

**Fierlohn.** Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 2 Uhr Abmarsch nach Sömmern. Für Fahrgeld von Sömmern zurück ist gelocht.

**Kiel.** Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Hotel zum Landhaus, Adelheidstr. 24—26 öffentliche christliche Gewerkschafterversammlung mit Vortrag des Kollegen Arbeiteriet. Gilling-Bochum über: „Die christlich-nationalen Arbeiter im Kampfe um ihre wirtschaftlichen Interessen und Ideale.“

**Köln-Chrensfeld.** Samstag, den 17. Juni, abends punkt 9 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Kornhöfer, Reppelerstraße.

**Köln-Deutz.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „zur Krone“, Freiheitstr. Alle erscheinen.

**Köln-Kalk.** Sonntag, den 18. Juni, Ausflug mit Familienangehörigen per Schiff. Sonntag, den 25. Juni, morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Söngensberg, Breuerstr. Kein Kollege darf fehlen.

**Köln-Voll.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 Uhr Versammlung bei Kahlenber.

**Köln-Gumboldt-Kolonie.** Samstag, den 24. Juni, abends punkt 9 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Pul, Wattstraße.

**Köln-Lindenthal.** Samstag, den 17. Juni, abends punkt 9 Uhr im Lokale Söddler, Bachemerstr. Gewerkschafterversammlung.

**Köln-Buchheim.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 Uhr Versammlung bei Busch, Frankfurterstr. Jeder Kollege muß erscheinen.

**Köln-Dellbrück.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 Uhr Versammlung bei Korschilben.

**Köln-Rath-Heumar.** Sonntag, den 25. Juni, mittags 1 Uhr Versammlung bei Klein.

**Köln-Brühl.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 Uhr Versammlung.

**Köln-Siblar.** Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr Versammlung im „Deutschen Kaiser“, bei Wirt Hubert Derichs. Mitgliederbuch mitbringen. Freunde willkommen.

**Ludwigsbürg.** Jeden 4. Samstag im Monat, abends 1/9 Uhr bei Weinmann.

**Menden.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung mit wichtiger Tagesordnung. Im 3. Bezirk bei Wne. Oberkamp. Im 5. Bezirk bei Kreteler, Kleesberg. Die Kollegen des 1., 2. und 4. Bezirks treten am gleichen Tage, vorm. 10 Uhr bei Bodenhein zur Hausagitation an.

**Menden-Sömmern.** Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr bei Söndermann Versammlung mit Vortrag. Unorganisierte mitbringen.

**Menden-Holzen.** Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 1 Uhr bei Rathhoff wichtige Vespredung. Es werden sämtliche Kollegen um ihr Erscheinen ersucht.

**München.** (Sektion der Sprengler.) Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr Brandensversammlung der Sprengler und Installateur im Gasthaus „Leopoldstadt“, Senefelderstr. 11 1/2.

**München.** Samstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr im Gasthaus „Leopoldstadt“ Senefelderstraße 11 1/2, Delegierten- und Vertrauensmänner-Versammlung.

**Reheim.** Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 2 Uhr Monatsversammlung im Gelsenhaus.

**Delbe.** Am 18. Juni findet hier selbst eine große christlich-nationale Arbeiter-Rundgebung statt. Als Redner sind die Kollegen Reichstagsabgeordnete Giesberts und Behrens und Verbandsvorsitzender Wier gewonnen. Die Kollegen aus den Jahressen und Vereinen zwischen Damm und Bielefeld mögen sich am Arbeitertag in Delbe recht zahlreich beteiligen.

**Berl.** Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Wiethoff. Unorganisierte mitbringen.

**Witten.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Rüdde, Auguststraße.